

Protestantismus und politische Kultur

von Wolfgang Schäuble

Wenn man zum Reformationstag etwas zum Verhältnis von Protestantismus und politischer Kultur sagt, fasst man ein heißes Eisen an. Denn dies Verhältnis lässt sich kaum mit einem Satz beschreiben. Ganz gleich ob man an die Anfänge der Reformationskirchen im 16. Jahrhundert denkt oder eher an die Rolle, die die evangelische Kirche im 20. Jahrhundert gespielt hat – es fallen einem ganz spontan extrem gegensätzliche Phänomene ein, die folgerichtig zu stark divergierenden Einschätzungen der Bedeutung von Reformation und Protestantismus für die Politik geführt haben. Denkt man primär an Luthers mutiges Auftreten auf dem Reichstag zu Worms, das geradezu zum Symbol praktizierter Gewissensfreiheit geworden ist? Hat man seine deutlichen Worte der Mahnung und Kritik an den beschämenden sozialen Zuständen gegenüber den Fürsten im Ohr? Erinnerung man sich (bezogen auf das gerade vergangene Jahrhundert) an protestantisch motiviertes Engagement für Freiheit und gegen die Diktatur in der Zeit des Nationalsozialismus und der DDR?

Oder fällt einem Luthers ordnungstheologische Rechtfertigung obrigkeitlicher Herrschaft ein? Erinnerung man sich an seine harten Worte gegenüber aufständischen Bauern und Juden? Assoziiert man gar die Kriegstheologie des I. Weltkrieges oder theologische Rechtfertigungen der Ereignisse von 1933? Meint man (wie Ernst Troeltsch), charakteristisch lutherisch sei vor allem die Bereitschaft sich jedweder politischer Ordnung möglichst unauffällig anzupassen?

Eine Besinnung über das Verhältnis von Protestantismus und Politik kommt nicht umhin, diese in sich widersprüchlichen und zwiespältigen Aspekte zur Kenntnis zu nehmen. Dennoch will ich heute hier die These vertreten, dass

1. Der Protestantismus für die politische Kultur in Deutschland auch und gerade heute unverzichtbar ist.

Ein solcher Satz fordert Begründung. Manchen fordert er vielleicht zum Widerspruch heraus. Wenig plausibel erscheint mir der Einwand, wir lebten in einem modernen, aufgeklärten Land, in welchem Staat und Kirche laut Grundgesetz voneinander getrennt sind. Denn es lässt sich schwerlich bestreiten, dass der Protestantismus das deutsche Geistesleben und die deutsche Kultur seit der Reformation nachhaltig geprägt hat. Und das gilt auch für das Politische. Daran ändert auch eine verfassungsrechtliche Trennung von Kirche und Staat nichts. Denn die Politik wird ja von Menschen gemacht, und diese Menschen kommen nicht aus dem luftleeren Raum. Wenn ich also sage, dass Christentum und Protestantismus auch weiterhin eine Rolle in der und für die Politik spielen werden und spielen sollen, dann bedeutet das zunächst einmal: Menschen mit einem solchen Hintergrund werden als politisch aktive Bürger gebraucht. Sie werden, so meine ich, umso mehr gebraucht sofern sie über eine klare Orientierung, eine Grundausrichtung ihres Lebens verfügen. Von der Politik wird zu Recht Orientierung für unsere Gesellschaft erwartet. Orientieren aber kann nur, wer selbst orientiert ist. Der christliche Glaube gehört zu den wichtigsten Quellen starker Wertvorstellungen in unserer Kultur. Auch die Politik kann auf diese Quelle nicht verzichten.

Der Einwand, die Bedeutung des Protestantismus für die politische Kultur sei durch die Säkularisierung obsolet, ist also nicht stichhaltig. Gewichtiger scheint mir ein anderer Einwand. Lässt sich aus dem Wesen und der Geschichte des Protestantismus etwas Eindeutiges darüber entnehmen, welche Rolle er für die politische Kultur spielen kann? Anders formuliert: Fallen nicht geschichtlich gesehen politische Kultur und Christentum im allgemeinen sowie Kultur und Protestantismus im besonderen auseinander? Das Christentum ist oft genug als ausgesprochen unpolitische Religion angesehen und dafür, je nach Standpunkt, gelobt oder getadelt worden. Ein berühmter Fall eines solchen Urteils findet sich bei Luthers Zeitgenossen Niccolò Machiavelli (der gar nicht so „macchiavellisch“ war, wie man oft meint). Dieser führte den von ihm beobachteten Mangel an Republiken mit selbstbewussten Bürgern, wie sie die Antike gekannt hatte, auf die bedenklichen Einflüsse des Christentums zurück. „Unsere Religion“, so schrieb er, fördert mehr das Leiden als das Tun. Sie habe durch diese Haltung die Welt den Bösewichtern ausgeliefert, denn diese sehen,

dass die meisten Menschen, um ins Paradies zu gelangen, eher darauf aus sind, Schläge geduldig zu ertragen als aktiv zu handeln. Und hat nicht in der Tat gerade auch Luther gelehrt, dass die Antwort auf die Frage „Habe ich einen gnädigen Gott?“ nur von jedem einzelnen Menschen selbst als Individuum gegeben werden kann und nur in ihm und nicht etwa in seiner Gesellschaft oder irgendwelchen Institutionen gefunden werden kann? Konsequenterweise haben sich die religiösen Energien vieler Christen im Anschluß an diese Frage eher auf die Innerlichkeit und nicht auf die Welt der Politik gerichtet.

Und wenn es davon Ausnahmen gibt, so verbinden wir diese eher nicht mit der lutherischen Tradition, für die das landesherrliche Kirchenregiment lange Zeit den völlig selbstverständlichen Rahmen politischer Orientierung der Christen abgab. Es sind die calvinistisch geprägten Staaten, in den Niederlanden, Schottland oder Neuengland als puritanischem Vorposten in den Vereinigten Staaten, in denen dies anders aussah. Dort stand die selbst verwaltete Gemeinde im Vordergrund, die in Glaubensfragen keinen Bischof oder andere Lehrautoritäten bemühen mochte. Eigenverantwortlich gestalteten sie ihr Gemeinwesen und trugen so entscheidend zu der Entwicklung einer politischen Kultur bei, die noch heute die Vereinigten Staaten und deren Verfassung prägt und dort die Trennung von Staat und Kirche, egal ob katholisch oder protestantisch, ganz anders begründet als in Europa: Während etwa der Laizismus in Frankreich den Staat vor der Kirche schützen wollte, war es Anliegen der puritanischen Gründerväter in Amerika, vor dem Hintergrund der Erfahrungen von religiöser Verfolgung in Europa die Kirchen vor dem Zugriff des Staates zu schützen. So wie auf der einen Seite des Atlantik in Frankreich eine laizistisch geprägte Kultur entstand, entwickelte sich auf der anderen Seite ein stark religiös geprägte Kultur, in welcher nach jüngsten Umfragen auch heute ein erklärter Atheist von einer großen Mehrheit der Amerikaner als ungeeignet für das Präsidentenamt beurteilt würde. Religion und politische Kultur hängen dort anders zusammen als in Europa.

2. Wie steht es also mit protestantischer Kirche und politischer Kultur in Deutschland als dem Land der Reformation?

Es ist kein Geheimnis, wie schwer sich die Deutschen nicht nur mit der Erkämpfung einer parlamentarischen Demokratie, sondern auch mit der Ausbildung demokratischer Verhaltensmuster getan haben. Davon sind die evangelischen Kirchen und Christen in ihrer Mehrheit nicht ausgenommen gewesen. Es ist schon so: blicken wir auf die Geschichte, dann stellt sich die politische Wirkung der Reformation aus unserer Perspektive, also mit Blick auf die heute von uns hochgehaltenen Werte von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten, nicht als eine geradlinige Sache dar. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg ist es den evangelischen Christen in ihrer Mehrheit möglich gewesen, diese Werte nicht nur zähneknirschend zu akzeptieren, sondern sie als in Übereinstimmung mit den Grundanliegen unserer Religion zu bejahen. Zwar hatte der Protestantismus schon am Ende des 19. Jahrhunderts versucht, den christlichen Glauben der Reformation mit der aus der Aufklärung hervorgegangenen Kultur der Vernunft im Sinne einer religiös begründeten Humanität in Einklang zu bringen, aber der feste Bezugspunkt blieb zunächst die Monarchie und nicht die Demokratie, was sich in den Jahren der Weimarer Republik und der Nazizeit bitter bemerkbar machen sollte – bei Weitem nicht nur bei den Deutschen Christen.

Es gibt natürlich prominente Gegenbeispiele: Da fällt mir zuerst meine badische Heimat ein: Dort wurden 23 Geistliche für ihr politisches Engagement durch staatliche Gerichte gnadenlos mit Haftstrafen belegt und verloren ihre kirchlichen Ämter. Dies fand statt nicht etwa zu Zeiten des Nationalsozialismus, sondern in der Revolutionszeit von 1848/49. Das Großherzogtum Baden war Zentrum von Demokratie und republikanischer Einstellung, geprägt durch einen Geist, der seine Wurzeln im Protestantismus hat und bis heute spürbar ist. Pfarrer, Theologen und Bürger waren sich einig in der Forderung nach politischer Freiheit, der über die Freiheit eines Christenmenschen hinausging und auch vor einer Reformierung des landesherrlichen Kirchenregimentes nicht Halt machte: Synodalverfassung, Einbeziehung der Laien, mehr Autonomie im Verhältnis von Staat und Kirche waren die protestantischen Reformforderungen, die mit den politischen Forderungen am Ende blutiger staatlicher Gewalt zum Opfer fielen.

Dieser liberale, politisch aktive Protestantismus war keine Massenbewegung, konnte aber doch seine Spuren bleibend hinterlassen. An ihn konnte die evangelische Kirche nach dem Kirchenkampf anknüpfen und protestantisches Profil gewinnen mit Theologen und vor allem auch Laien, die sich als Protestanten in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft engagierten. Daher muß das Bild von lutherischer Orthodoxie und staatstreuem, obrigkeitsfixiertem Protestantismus zumindest ergänzt werden. Evangelischer Glaube zeigte mit der Rezeption der Aufklärung auch immer ein offenes, kritisches, dem Humanum zugewandtes Gesicht. Der Protestantismus hat stets viele Facetten gehabt, sich immer wieder selbst reformiert. Er steht nicht nur für Thron und Altar, sondern eben auch für obrigkeitskritischen Protest. Die Rolle, die die evangelischen Kirchen im Herbst 1989 spielten (ob in Wittenberg, in Breitenfeld, in Barmen und auch in Leipzig), ist daher wohl auch historisch betrachtet nicht nur Zufall. Trotz aller Irrwege mancher Kirchenführer mit ihrer Anbiederung an die herrschende Klasse der DDR lag doch im Protestantismus eine entscheidende Keimzelle des Protestes: Mutige Pfarrer in Leipzig, Ost-Berlin und anderswo boten einen Raum, schafften eine Öffentlichkeit, Orte, wo sich Menschen sammeln konnte, Kirchenferne wie Kirchnahe, um ihren Überzeugungen als Christ und/oder Bürger Ausdruck zu verleihen.

Wenn uns im Brief des Paulus an die Galater gesagt ist, dass Christus zur Freiheit befreit, so begründet dies auch christliche Verantwortung für das Streben nach politischer Freiheit und einer demokratischen Gesellschaft, die Freiheit garantiert. So besteht der protestantische Imperativ eben nicht nur in Innerlichkeit und Obrigkeit, sondern in der Öffnung hin zur Welt als auch zur politischen Freiheit befreiter Christenmensch, der diese ihm gegebene Freiheit nutzt. Politische Kultur meint so die Spannbreite zwischen geistigen Orientierungen, politischen Wertüberzeugungen und demokratischen Verhaltensweisen.

Wenn ich nun als Politiker anlässlich des Reformationstages so prononciert zum Engagement von Protestanten in der Politik, bei der Gestaltung unseres Gemeinwesens aufrufe, ist mir klar, dass von Seiten der Christen es eine immer wieder aktuelle Gegenfrage gibt: wie weit sind wir eigentlich in einem säkularen

Staat mit unserer Religion willkommen? Ist der Staat denn an unserem Beitrag als Christen interessiert? Wie verhält sich das zu seiner religiösen Neutralität?

3. Ist Religion aus Sicht des Staates also nicht reine Privatsache seiner Bürger?

Nun ist zunächst einmal festzustellen, dass die Trennung von Staat und Religion in Deutschland ja niemals eine reine und vollkommene gewesen ist. Staatsrechtler haben vielmehr von einer „hinkenden Trennung“ gesprochen, da trotz der Abschaffung von Staatskirchen eine institutionelle Verbindung von Staat und Kirche in Bereichen wie dem schulischen Religionsunterricht, der Militärseelsorge und den Theologischen Fakultäten an staatlichen Universitäten beibehalten wurde.

Das hat aus meiner Sicht wichtige und weit reichende Konsequenzen für die politische Rolle der Religionen, insbesondere der christlichen. Mark Siemons hat mit Blick auf die Bedeutung von Religion in unserem öffentlichen Leben in seinem FAZ-Artikel *Die Falle des Laizismus* hilfreich zwischen „privat“ und „persönlich“ differenziert. Gerade die Zurückhaltung des Staates in letzten Fragen gebiete es, Religion nicht künstlich aus dem öffentlichen Leben fernzuhalten und in den privaten Bereich zu drängen. Religion präge Menschen auf ganz persönliche Weise, und der Versuch, diese Prägung aus dem öffentlichen Leben, der Kultur und der Politik zu verdrängen, würde im Ergebnis dem Werk des Marders entsprechen, der das Ei aussaugt, dabei die äußere Integrität des Eis wahrt, im Kern aber eine leere Hülle ohne Zweck und Inhalt zurücklässt.

Religion ist eben nicht nur eine Privatsache, sondern sie ist für viele Bürger Teil ihrer Persönlichkeit, die sie in die Gestaltung des Staates einbringen. Anders als in Frankreich, wo das Kopftuch mit Verweis auf das Gesetz über die Trennung von Staat und Kirche aus dem Jahre 1905 aus dem Klassenraum ausgeschlossen wird, beurteilt unsere Rechtsordnung der hinkenden Trennung das Ganze in einem anderen Licht. Das Christentum ist Teil der in unserem Land gewachsenen Kultur, die ihren Ausdruck auch in unseren Rechtsordnungen findet, für welche die Ausübung der positiven Religionsfreiheit ein so hohes Gut ist, dass ein Schüler mit Kopftuch mit Blick auf die Religionsfreiheit [Art. 4

GG], aber auch auf das Erziehungsrecht der Eltern [Art. 6 GG] anders zu schützen ist als eine staatliche Lehrerin mit Kopftuch, dass ein Teilnehmer an einer Gerichtsverhandlung ein Kopftuch tragen darf, ein in hoheitlicher Funktion tätiger Richter aber nicht. Religion und Religionsausübung ist nicht nur privat, sondern Ausdruck der Persönlichkeit, die vom Staat nicht ausgeklammert werden darf. So kann Religion ihren Beitrag im kulturellen und politischen Leben leisten in einem Prozess, in dem Staat und Kirche sich als Partner befruchten statt hemmen sollten, ohne einander nach dem Munde zu reden.

Diese Beobachtung gilt zunächst für Religion allgemein, wobei danach die zum Beispiel in der Kopftuchdebatte virulente Frage zu beantworten ist, ob der Staat als Freiheitsgarant alle religiösen Äußerungen und Beiträge zu Kultur und Gesellschaft gleich bewerten sollte oder gar muß oder ob er etwa das Christentum gegenüber dem Islam anders behandeln darf. In diesem Zusammenhang betont Paul Kirchhof, dass Religion Grundlage der Freiheitsfähigkeit ist, gleichzeitig aber auch immer einen konkreten Bezug in Kirchen und Gläubigen braucht. So wie Wissenschaftsfreiheit ohne Universitäten nicht zur Entfaltung kommt und Pressefreiheit ohne Journalismus eine juristische Hülle bleibt, will Religionsfreiheit durch Glauben in Gemeinschaft gelebt werden. Und der Staat hat, so argumentiert Kirchhof, die von den Gläubigen und Nichtgläubigen als Grundrechtsträgern gemachten, freiheitlich bewirkten Unterschiede im religiösen Leben zunächst einmal zur Kenntnis zu nehmen.

Mit Blick auf die Bedeutung von Religion auf unsere Kultur ist daher festzustellen, dass trotz aller Tendenzen zur Säkularisierung unser Land christliche Wurzeln hat, in seiner Geschichte, seinen Gesetzen und dem vorherrschenden Wertverständnis seiner Bürger. Weil der freiheitliche Staat auf solchen Voraussetzungen gründet, muss er für ihre Bewahrung im Sinne der Gewährleistung auch tätig werden. Würde zum Beispiel der Staat auf die Vermittlung christlicher Inhalte in dem von den Kirchen verantworteten Religionsunterricht verzichten, so würden Schüler, die Städte wie Speyer, Köln, Rothenburg ob der Tauber, Magdeburg, Wittenberg oder Augsburg besuchen, durch deren Strassen und Kirchen wandern wie Analphabeten. So wie

Universitäten nicht interdisziplinär, sondern multidisziplinär sind, so ist unsere Gesellschaft nicht unbestimmt interreligiös, sondern multireligiös mit einem klaren Schwergewicht der beiden großen christlichen Kirchen, denen immer noch zwei Drittel der Bevölkerung angehören. Und dies bleibt nicht ohne Konsequenzen für unsere politische Kultur, unsere Wertvorstellungen und unser Weltbild. Die christliche Religion hatte auf das Entstehen unserer Gesellschaft großen, historischen Einfluss, und sie prägt bis heute Wert- und Weltbilder, die der freiheitliche Staat nicht vermitteln kann und darf, die aber für Menschen wichtig sind, weil sie ihnen Anker, Herkunft, Halt und Kontinuität vermitteln wie wenige andere Institutionen in unserer Gesellschaft.

4. Und dies führt zurück zur Bedeutung des Protestantismus und protestantischer Christen für unsere politische Kultur

Die politische Kultur unserer freiheitlichen Demokratie bedarf der Unabhängigkeit und der Einmischung des Christenmenschen. Wer in die Politik geht und die Arbeit dort im Sinne Max Webers als seinen Beruf versteht, der muss für das Bohren dicker Bretter auch die nötige Standfestigkeit und Geduld mitbringen, und wer sich als Bürger in einer politischen Sache engagiert und für eine bestimmte Problemlösung kämpft, der kann sich angesichts der komplexen Problemstrukturen und der verwickelten Prozesse politischer Willensbildung schnell ohnmächtig fühlen und resignieren. Christen sind da meiner Erfahrung nach enttäuschungsresistenter, denn ihre Kraft, ihre Motivation ist nicht allein weltlich, sondern kommt aus dem unverfügbaren Grund des Glaubens und der Hoffnung. Der jüngst verstorbene Sir Peter Ustinov beschrieb das Wesen von Hoffnung mit dem bemerkenswerten Satz, dass derjenige, der statt Erwartungen Hoffnungen hat, in seinem Leben weit weniger enttäuscht werde. Als Christ wird man gelassener und nimmt sich selbst weniger wichtig. Das setzt allerdings auch voraus, dass Innerlichkeit und Spiritualität mit der Einmischung in die weltlichen und politischen Belange in einer Balance stehen. Keines darf zugunsten des anderen aufgegeben werden, auch wenn es aus meiner Sicht in evangelischen Kirchen zuweilen an Spiritualität fehlt, während ich mich in

katholischen Gottesdiensten manchmal wundere, dass die Predigt so schnell vorbei ist.

Ein wichtiger Beitrag des Christentums zu unserer politischen Kultur ist sein Verständnis von der Vorläufigkeit alles menschlichen Tuns: „Wo immer einer in der Welt nicht mehr weiß, dass er höchstens der zweite ist, da ist bald der Teufel los.“, sagte Bischof Reinelt 1995 anlässlich des 50 Jahrestages der Zerstörung Dresdens. Die christliche Überzeugung, sich in dieser Welt immer nur mit dem Vorletzten zu beschäftigen, ist für Politik und politische Kultur entscheidend. Die Erkenntnis der Vorläufigkeit meines Handelns bewahrt vor Verblendung, und andererseits befreit sie den politisch Handelnden von der Last, letzte Dinge zu entscheiden und macht ihn damit erst frei zur politischen Gestaltung und Verantwortung. Das Christentum vermittelt uns so Kontinuität jenseits des immer schnelleren gesellschaftlichen Wandels. Die Erfahrungen des vergangenen Jahrhunderts haben gezeigt, wie schnell der politische Raum von Totalitarismen überwuchert werden kann und die Freiheit erstickt, wenn sich der Staat Entscheidungsbefugnis eben nicht nur bezüglich des Vorletzten, sondern auch der letzten Dinge anmaßt. Die Vorstellung, dass es nur eine Wahrheit gebe, die von einem Führer oder einer selbsternannten Parteilite erkannt werde, hat zu menschenverachtender Barbarei geführt. Zu Grundprinzipien christlichen Glaubens gehört, so sorgsam wie nur irgend möglich auf die Trennlinie zwischen dem Verfügbaren und dem Unverfügbaren zu achten. Die Rede vom Letzten und Vorletzten verdanken wir Dietrich Bonhoeffer. Christen dürfen den Versuchungen und Verführungen des Absoluten nicht nachgeben, auch wenn sie in neuem Gewand daher kommen, dem des Extremismus etwa, des religiösen oder politischen Fundamentalismus oder auch eines vereinseitigenden Wissenschaftsglaubens. Dabei gilt aber auch umgekehrt, dass die Politik die Kirchen daran erinnern muss, dass der Glaube nicht zu einer alleingültigen politischen Position führt, was in den letzten Jahrzehnten die Debatte um Atomenergie oder Nachrüstung deutlich gezeigt hat. Christliches Denken führt zur Einsicht in die Fehlerhaftigkeit menschlicher Existenz, was einen beim Urteilen über die Fehler anderer vorsichtiger macht und maßvoller im Umgang mit menschlichen Unzulänglichkeiten.

Zur unserer politischen Kultur gehört auch die protestantische Überzeugung, dass der Mensch allein durch den Glauben vor Gott gerechtfertigt ist. Jeder Mensch besitzt eine unverfügbare Würde als zur Freiheit berufenes Wesen, das Verantwortung übernimmt, die grundsätzliche Anerkennung des Anderen und der menschlichen Gemeinschaftlichkeit, die keinen ausgrenzt, die Grundwerte Frieden, Gerechtigkeit, Solidarität mit samt der Verantwortung für die Schwachen einschließlich einer politischen Ethik, die die *minima moralia* unseres Gemeinwesens festhält.

Bei aller Betonung des Individuellen gilt jedoch ebenso: Protestant ist man nicht im stillen Kämmerlein, sondern in der Welt, in der man durch sein Wirken das tut, was Paulus „Zeugnis ablegen“ nennt. Man steht seinen Mann oder seine Frau und leistet in Kultur und Gesellschaft seinen Beitrag. Solche Beiträge manifestieren sich zum Beispiel in der Bildungsarbeit der Evangelischen Akademien oder in konfessionellem Religionsunterricht für die große Mehrheit der Schüler. Ohne solche Beiträge kommt kein Gemeinwesen aus, egal wie ausgefeilt seine Verfassung sein mag. Für die Bundesrepublik war es eine wichtige Leistung des Protestantismus, dass er gemeinsam mit den katholischen Christen aktiv eine freiheitliche Demokratie aufbauen half, die beide Kirchen stets daran erinnerten, sich jedem Totalitarismus eben wegen der Erkenntnis der Vorläufigkeit menschlichen Handelns in den Weg zu stellen und notfalls „dem Rad in die Speichen zu fallen“, wie Dietrich Bonhoeffer das einmal ausdrückte.

Dies christliche „Zeugnis geben“ geschieht im Großen wie in Barmen oder der Leipziger Nikolaikirche, aber jeden Tag aufs Neue auch im Kleinen in allen Institutionen, in Staat, Wirtschaft, Kirche und Gesellschaft, in denen Christen und Nichtchristen zusammenkommen. Und dies geschieht eben auch persönlich und nicht nur privat, da man Glauben nicht vor der Werkshalle oder dem Sitzungszimmer abgeben kann und muss! 400000 Menschen, die am Montag, den 6. November 1989 nach den Montagsgebeten auf dem Leipziger Ring demonstrierten, waren nun wahrlich keine Privatveranstaltung. Sicherlich waren die Demonstranten nicht mehrheitlich christlich, aber sie haben zu Beginn ihr Forum gefunden unter dem Dach der Kirche, was die besondere Bedeutung des Protestantismus mit Blick auf die deutsche Wiedervereinigung unterstreicht.

Einen bewegenderen Beitrag zur politischen Kultur kann man sich schwerlich denken. Totalitäre Regime haben stets Angst vor Kirche als Forum freier Menschen. Darum sprengte man wie im Fall der Leipziger Universitätskirche Kirchengebäude in der naiven Annahme in die Luft, damit einen wesentlichen Teil christlicher Identität zu vernichten und verkannte im ideologisch verblendeten Eifer, dass christlicher Glaube im Herzen von Menschen verankert ist und nicht in Gebäuden.

Historisch betrachtet, so haben wir gesehen, ist die Bilanz des Verhältnisses von Protestantismus und politischer Kultur in Deutschland zwiespältig. Letztlich entscheidend aber ist aus meiner Sicht weniger, wie wir die historischen Rechnungen aufmachen. Da kommt es immer zu ganz unterschiedlichen Kalkulationen. Wer will messen, was auf der Haben- und was auf der Sollseite einer so komplexen gesellschaftlichen und kulturellen Größe wie des deutschen Protestantismus steht? So wie das Himmelreich keine Demokratie ist, so entscheidet auch – Gott sei Dank – nicht die Mehrheit der evangelischen Christen über das, was „die Kirche“ ausmacht.

Entscheidend ist etwas anderes: Welche Konsequenzen ziehen wir daraus? Diese Konsequenzen dürfen nun, darauf kommt es mir an, nicht darin bestehen, dass Protestanten sich aus einem falsch verstandenen Schuldkomplex aus politischen Zusammenhängen ganz heraushalten oder mit dem Hinweis auf den vermeintlich utopischen Charakter des Gottesreiches sich der Mitwirkung an der Gestaltung unserer irdischen Gesellschaft verweigern. Bei all dem, was historisch problematisch ist, gilt doch auch dies: unser Land wäre sehr viel ärmer ohne den christlichen Glauben und ohne Kirchen, unser gesellschaftlicher Zusammenhalt wäre fragmentierter, als er es ohnehin schon ist, unser Wertbewusstsein wäre weniger ausgebildet und unser politisches Streben richtungs- und perspektivloser. Ganz gleich ob wir als Protestanten auf diejenigen Seiten unserer Geschichte blicken, an denen wir uns gerne orientieren oder auf diejenigen, die uns eher unangenehm sind, für heute sollen wir daraus dieselbe Schlussfolgerung ziehen, uns mit unserem Erbe und aus protestantischem Selbstverständnis politisch zu beteiligen und an der Gestaltung unseres Gemeinwesens mitzuwirken. Die individuelle Freiheit eines

Christenmenschen ist es, die den einzelnen Protestanten genau das ermöglicht, was sie schon ob ihres Namens am besten können: Protestieren, aufstehen, Freiheit einfordern, unabhängig von Mehrheiten oder staatlichem Zwang.

Unsere Demokratie und die dazugehörige politische Kultur gründen sich auf das „Wagnis der Freiheit“, wie es Karl Jaspers formulierte, und der Protestantismus gründet sich auf das Wagnis des Glaubens, so wie es bei Martin Luther heißt: „Wohlan, wir haben es auf den Mann, den Christus, Gottes Sohn, gewagt, der wird uns gewisslich nicht lassen. Unser Leib und Leben steht auf ihm; wo er bleibt, da werden auch wir bleiben; sonst weiß ich nichts, worauf ich trotzen könnte.“ Es ist diese Haltung der glaubenden Hoffnung, die Luther auch dann noch ein Apfelbäumchen pflanzen lassen wollte, wenn morgen schon das Unheil des Weltuntergangs drohte. Ob das Wort vom Apfelbäumchen nun tatsächlich von Luther stammt oder ihm nachträglich in den Mund gelegt wurde, darüber streiten sich die Gelehrten. Dies ändert aber nichts an der Kraft dieses Bildes vom Apfelbaum: Vertrauen zu Gott und Zutrauen zu den Menschen bedingen sich. Christliche Hoffnung bleibt die seelische Kraftquelle weltlicher Vernunft. Diese gehört zur Haltung eines zur Freiheit befreiten Christenmenschen, der auf sein Glaubensfundament vertraut ohne den ängstlichen Blick auf geistliche Autoritäten und sich mit Zuversicht, Selbstbewusstsein, Offenheit und fröhlicher Dankbarkeit auf die Welt einlässt, im Wissen um ihre Begrenztheit und Vorläufigkeit und der in aller Irrtumsmöglichkeit Standpunkte bezieht und sich aktiv in öffentliche Belange einmischt. Das ist christliche und gleichzeitig zutiefst protestantische Kultur. Biblisch gesprochen heißt das: „Ihr seid das Salz der Erde.“ Politisch gesprochen bedeutet das nicht anderes als das, wovon ich ausgegangen war: Der Protestantismus ist und bleibt für eine freiheitliche demokratische Kultur der Bundesrepublik Deutschland unverzichtbar. Eine Gesellschaft, die sich im Streben nach einem falsch verstandenen Laizismus dem verschließen und persönlich gelebte Religiosität ins Private verbannen wollte, sägt am Ast, auf dem sie sitzt, legt die Axt an ihre eigenen Wurzeln und verliert das, was sie gerade in Zeiten des Wandels besonders dringend braucht.